

Forderungskatalog des CSD Karlsruhe für die Landtagswahl 2026

Queere Menschen brauchen auch auf Landesebene verlässliche Strukturen, Schutz und gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit, Bildung, Kultur und demokratischer Teilhabe. **Baden-Württemberg kann auf Landesebene für queere Menschen viel bewegen – und muss es auch tun.**

Als CSD Karlsruhe stehen wir deshalb für:

1. Für die Einführung eines Landes-Antidiskriminierungsgesetzes (LADG)

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) als Bundesgesetz bietet bislang **keinen ausreichenden Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen**. Es greift vor allem im Arbeitsleben und im zivilrechtlichen Bereich, schließt jedoch weitgehend zentrale Bereiche staatlichen Handelns, vor allem auf Landesebene, wie **Behörden, Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und weitere Landesinstitutionen** aus. Gerade queere Menschen erleben hier strukturelle Benachteiligung und benötigen wirksame rechtliche Möglichkeiten, um sich zu wehren. Ein LADG nach Berliner Vorbild war bereits in der vergangenen Legislatur geplant, wurde dann jedoch wieder fallen gelassen.

- **Wir fordern deshalb die Einführung des LADG in der nächsten Regierungsperiode.**

2. Für den Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte

Der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte ist ein hervorragendes Instrument, um Diskriminierung entgegenzuwirken und die Akzeptanz queerer Personen zu fördern.

- **Wir fordern, dass der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte fortgeschrieben und langfristig Budget für dessen Umsetzung eingeplant wird.**

3. Für die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens!

Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen gefährden den demokratischen Grundkonsens, auf dem unsere offene Gesellschaft basiert. Wenn Parteien vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall oder als gesichert rechtsextrem eingestuft werden, steht der Verdacht im Raum, dass sie aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeiten. **Eine Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht schafft Klarheit** darüber, ob eine Partei demokratische Grundrechte missbraucht, um selbst demokratiefeindliche Ziele zu verfolgen. Das schützt nicht nur demokratische Institutionen, **sondern sendet auch ein starkes Signal an Betroffene von rechter, rassistischer und queerfeindlicher Gewalt, dass unser Staat seine Schutzpflicht ernst nimmt.**

- **Wir fordern von der Landesregierung Baden-Württemberg, dass sie die Prüfung eines AfD-Verbots im Bundesrat einbringt – und das Prüfverfahren endlich ins Rollen kommt!**

4. Für eine queerfreundliche Bildungspolitik!

Schulen sind zentraler Ort der Lebensrealität von queeren Schüler*innen in Baden-Württemberg. **Seit 2016 sind Leitperspektiven im Bildungsplan verankert, die dazu führen, dass queere Themen immer mehr Einzug in den Unterricht halten. Das begrüßen wir sehr.** Auch die nun auf den Weg gebrachte **Ausarbeitung von Schutzkonzepten gegen sexualisierte Gewalt an den Schulen führt zu mehr Sicherheit von queeren Menschen.**

Geschlechtersensible Sprache und der respektvolle Umgang mit selbstbestimmten Namen gehören zu den grundlegenden Bedingungen, damit queere und trans* Kinder und Jugendliche in Schulen sicher, anerkannt und diskriminierungsfrei leben können. Dennoch erleben viele junge Menschen, dass **ihre Identität von Erwachsenen infrage gestellt oder nicht respektiert wird.** Gleichzeitig wird **geschlechtersensible Sprache zunehmend zum Gegenstand politisch motivierter Kulturkämpfe,** die direkt auf dem Rücken von Jugendlichen ausgetragen werden.

In Land und Bund zeigen sich Initiativen, die eine geschlechtersensible **Sprache einschränken oder das Selbstbestimmungsrecht von Kindern und Jugendlichen delegitimieren wollen.** Lehrkräfte geraten dadurch in den **Konflikt zwischen pädagogischer Verantwortung und politischem Druck.** Queere Beratungen warnen, dass solche Maßnahmen die psychische Gesundheit queerer Jugendlicher gefährden und ein Klima der Angst erzeugen.

Obwohl die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Baden-Württemberg seit 2016 als **Leitperspektive im Bildungsplan verankert** ist, bleibt die **tatsächliche Umsetzung queerer Bildungsinhalte an Schulen noch immer stark unterschiedlich**. Die Leitperspektive formuliert allgemeine Ziele, **verpflichtet Schulen jedoch nicht dazu, queere Lebensweisen systematisch in Fächern wie Sexualkunde (Biologie), Geschichte, Religion oder Politik/Gemeinschaftskunde zu behandeln**. Viele Lehrkräfte fühlen sich unsicher und queere Themen werden häufig nur punktuell oder gar nicht berücksichtigt. Damit bleibt ein entscheidender Baustein für Akzeptanz, Prävention von Diskriminierung und die Unterstützung queerer Jugendlicher ungenutzt.

Im Übrigen ist eine **geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Infrastruktur** ein **zentraler Bestandteil schulischer Teilhabe**. Für viele queere Jugendliche, insbesondere trans*, inter* und nicht-binäre Schüler*innen sind herkömmliche Toilettensysteme und Umkleiden (etwa im Sportunterricht) mit „Jungen/Mädchen“-Trennung eine tägliche Belastung.

- **Wir fordern, dass das Verwenden geschlechtersensibler Schreibweise im Unterricht und in Schularbeiten/Abschlussarbeiten nicht sanktioniert wird.**
- **Der rechte Kulturkampf um Sprache darf nicht auf die Klassenzimmer übertragen werden; einem Verbot geschlechtersensibler Schreibweisen für Verwaltungen – insbesondere Schulen - stellen wir uns entschieden entgegen.**
- **Wir fordern, dass Lehrkräfte/Schulleitungen nicht verpflichtet sind, Eltern zu informieren, wenn ein Kind selbstbestimmt wünscht, mit einem anderen Namen oder Pronomen angesprochen zu werden.**
- **Wir fordern, queere Bildung verbindlich in den Bildungsplan aufzunehmen und systematisch umzusetzen – insbesondere im Sexualkundeunterricht, im Geschichtsunterricht, Religionsunterricht/Ethik und Politik/Gemeinschaftskunde.**
- **Wir fordern, in die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften verbindlich Schulungen zum Umgang mit Queerfeindlichkeit im Schulkontext aufzunehmen.**
- **Wir fordern, dass das Land die nötigen finanziellen Mittel bereitstellt, mit denen eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Infrastruktur (Toiletten und Umkleiden) in Schulen geschaffen werden kann - insbesondere für trans*, inter***

und nicht-binäre Schüler*innen. Wir fordern, dass an allen Schulen mit diesen Mitteln die Infrastruktur - sofern irgend baulich möglich – umgebaut wird. Wir fordern, dass alle schulischen Neubauten verpflichtend mit dieser Infrastruktur ausgestattet werden.

- Wir fordern eine einheitliche Regelung für die Benotung und Teilhabe von trans*, inter* und nicht-binären Schüler*innen im Sportunterricht.

5. Für verbesserten Schutz von queeren Personen und queeren geflüchteten Personen!

Queere Menschen und **FLINTA*-Personen erleben in Baden-Württemberg überdurchschnittlich häufig Gewalt, Bedrohungen und Übergriffe** – sowohl im öffentlichen Raum als auch im privaten Umfeld. Trotz bestehender Hilfsstrukturen ist der **Zugang zu Schutz, Beratung und sicheren Unterkünften vielerorts unzureichend. In ländlichen Regionen fehlen spezialisierte Angebote oft vollständig**, und bestehende Einrichtungen können queerfeindliche Gewalt nicht immer kompetent einordnen oder angemessen begleiten. **Auch in Unterkünften für Geflüchtete kommt es immer wieder zu Gewalt gegenüber queeren Menschen**, da Schutzkonzepte, Rückzugsräume und diskriminierungsfreie Standards nicht flächendeckend umgesetzt sind.

- Wir fordern daher, dass in jedem Landkreis mindestens eine niedrighschwellige, spezielle Beratungsstelle für gewaltbetroffene FLINTA* Personen geschaffen wird.
- Wir fordern, dass queere Initiativen und Projekte zur Stärkung queerer Geflüchteter langfristig mit Landesmitteln gefördert werden.
- Wir fordern die Ausarbeitung verbindlicher Schutzkonzepte für Geflüchtetenunterkünfte in Bezug auf den Schutz queerer Geflüchteter vor Gewalt und Diskriminierung.
- Wir fordern: Keine Abschiebung von queeren Geflüchteten in Länder, in denen sie mit Gefängnis, Folter oder Todesstrafe definitiv rechnen müssen!

6. Für eine queerfreundliche Polizeiarbeit und für eine bessere Dokumentation von Hasskriminalität

Queerfeindliche Gewalt taucht in Baden-Württemberg **bisher kaum sichtbar in der offiziellen Kriminalstatistik auf. Die meisten Angriffe**, Beleidigungen oder Bedrohungen gegen queere Menschen **werden lediglich als allgemeine Straftaten erfasst** – ohne Hinweis darauf, dass die Tat queerfeindlich motiviert war. Nur ein kleiner **Teil der Fälle erscheint unter der Kategorie „Politisch motivierte Kriminalität – Hasskriminalität“**, und auch **nur dann, wenn die Polizei die Tat ausdrücklich als politisch motiviert einstuft. Viele queerfeindliche Taten fallen deshalb aus der Statistik heraus. Besonders trans* feindliche Gewalt** wird bislang häufig gar nicht gesondert dokumentiert. Das tatsächliche Ausmaß queerfeindlicher Gewalt bleibt unsichtbar, und das Dunkelfeld enorm hoch.

Viele Polizist*innen sind sehr sensibel mit queeren Menschen. Andere jedoch nicht – **teilweise fehlt hier auch schlicht das notwendige Wissen**. Dies führt dazu, dass der **Umgang mit queeren Personen – etwa bei der Aufnahme von Anzeigen - seitens der Polizei oft nicht ausreichend sensibel gestaltet ist**: Betroffene berichten immer wieder, dass

queerfeindliche Motive nicht erkannt, bagatellisiert oder im Gespräch nicht aktiv abgefragt werden. Obwohl es in Deutschland einzelne Sensibilisierungsinitiativen zur Schulung von **Polizeibeamt*innen im Umgang mit queeren Menschen** gibt, reichen diese noch nicht aus. Auch die Art der Befragung kann retraumatisierend sein, wenn Beamt*innen nicht geschult sind, diskriminierungsfrei zu kommunizieren und die spezifische Belastungslage queerer Opfer zu berücksichtigen. **Verbindliche Qualifizierungen sind daher entscheidend, um Fachkräfte zu befähigen, Anzeigen ernst zu nehmen, sensibel und diskriminierungsfrei zu behandeln, queerfeindliche Tatmotive korrekt zu erfassen und die Betroffenen während des gesamten Verfahrens professionell zu schützen**.

Aus diesem Grund ist auch eine **Stärkung der bestehenden queer-sensiblen Strukturen innerhalb der Polizei entscheidend**. Der **Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (VelsPol)** leistet seit Jahren unverzichtbare Arbeit: Er verbindet queere Beamt*innen, stellt Ansprechpersonen für Betroffene zur Verfügung, sensibilisiert Kolleg*innen und setzt sich bundesweit für diskriminierungsfreie Polizeiarbeit ein. VelsPol muss daher auch in Baden-Württemberg weiterhin stark gefördert werden. **Eine Polizei, die queere Beamt*innen stärkt, schützt auch queere Bürger*innen**.

Als CSD Karlsruhe **lehnen wir den Einsatz von Palantir-Software in der polizeilichen Arbeit entschieden ab**. Solche Systeme ermöglichen tiefgreifende Datenauswertungen, Musteranalysen und Verknüpfungen personenbezogener Informationen – **oft ohne ausreichend transparente Kontrolle darüber, welche Daten wie und zu welchem Zweck verarbeitet werden**. Für queere Menschen, die ohnehin häufig Diskriminierung von staatlichen Stellen erleben, ist der **Einsatz von solchen Überwachungs- und Analysewerkzeugen besonders problematisch**. Er birgt die **Gefahr, bestehende Vorurteile technisch zu reproduzieren oder zu verstärken, etwa durch automatisierte Risikobewertungen, die auf unvollständigen oder falsch einsortierten Daten beruhen**.

- **Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Polizist*innen, insbesondere Führungskräften, zum queersensiblen Umgang mit queeren Menschen, um Gewalt und Diskriminierung gegenüber queeren Menschen zu minimieren.**
- **Wir fordern darüber hinaus eine Erfassung und konsequente Aufarbeitung von Diskriminierungs- und Gewaltvorfällen im polizeilichen Zusammenhang gegenüber queeren Menschen.**
- **Wir fordern eine bessere Erfassung queerfeindlicher Gewalt in der Polizeistatistik.**
- **Wir fordern, dass die Software Palantir in BW nicht eingesetzt wird.**
- **Wir fordern, VelsPol weiterhin zu fördern und strukturell auszubauen.**

7. Für eine queersensible gute Gesundheitsversorgung!

Queere Menschen sind im Gesundheitssystem vielfach benachteiligt. Sie erleben oft **diskriminierende Haltungen, unzureichendes Fachwissen bei Behandler*innen und mangelnde Sensibilität für ihre spezifischen gesundheitlichen Bedürfnisse** – sei es im Bereich der geschlechtlichen Identität, der sexuellen Gesundheit oder der psychischen Belastung durch Diskriminierungserfahrungen.

Queere Menschen berichten zudem von **erheblichen Hürden in der psychotherapeutischen Versorgung**: lange Wartezeiten, mangelnde Queer-Kompetenz in Praxen und Kliniken

sowie fehlende Kapazitäten im psychosozialen Bereich führen dazu, **dass viele queere Patient*innen nicht rechtzeitig oder nicht adäquat psychotherapeutisch behandelt werden können – etwa bei Traumata durch Diskriminierungserfahrungen. Die psychosoziale Versorgung von queeren Menschen (und auch nicht-queeren Menschen) muss schnellstmöglich verbessert werden.**

- Wir fordern daher eine **strukturelle Verankerung queersensiblerer Gesundheitsversorgung in der medizinischen Aus- und Weiterbildung von Fachkräften**, damit diese die Lebensrealitäten, Gesundheitsrisiken und Versorgungssituationen queerer Menschen besser verstehen und thematisieren können.
- **Außerdem fordern wir, dass queere Gesundheitsinitiativen, wie etwa die AIDS-Hilfen im Land, verstärkt und ausreichend finanziert werden.**
- **Wir fordern, dass sich Baden-Württemberg im Bund für eine Neuberechnung der psychotherapeutischen Kassensitze einsetzt**, damit der tatsächliche Bedarf abgebildet wird und queere (wie nicht-queere) Menschen die psychotherapeutische Versorgung erhalten, die sie benötigen. **Dadurch würden sich die Wartezeiten drastisch verkürzen und einige Suizide verhindern.**

8. Für die Sicherung queerer Räume und queerer Kultur!

Queere Menschen sind auf **stabile, erreichbare und gut finanzierte Strukturen und Räume angewiesen** – besonders in Krisensituationen, bei Diskriminierungserfahrungen, in Coming-out-Phasen oder im Umgang mit psychischer Belastung. Obwohl Baden-Württemberg eine aktive queere Community hat, sind **viele Angebote bis heute von befristeten Projektmitteln** abhängig und dadurch in ihrer Arbeit unsicher, personell unterbesetzt oder regional ungleich verteilt. **Gerade im ländlichen Raum fehlen häufig Orte, an denen queere Menschen Unterstützung, Beratung, Begegnung und Schutz finden können.** Die Folge sind Versorgungslücken, ungleiche Zugänge und eine hohe Abhängigkeit von Ehrenamtlichen, die vielerorts die tragende Infrastruktur sichern müssen – oft ohne ausreichende finanzielle Anerkennung oder soziale Absicherung.

Selbstverwaltete queere Zentren, queere Beratungsstellen und Peer-Formate leisten wichtige Präventions- und Aufklärungsarbeit, stärken Resilienz und schaffen sichere

Räume, die von Betroffenen oft als lebensverändernd erlebt werden.

Dies betrifft vor allem **queere Jugendangebote**, bei denen junge Menschen sich treffen und über queere Themen in geschützten Räumen austauschen können - im Idealfall mit angeschlossener Betreuung. Aber auch **Angebote für queere ältere Personen** sind unfassbar wichtig, um ihnen die Möglichkeit zum Austausch zu geben. Darüber hinaus muss auch das **Angebot für queere Geflüchtete dringend ausgebaut werden**.

Damit diese Strukturen zuverlässig bestehen können, brauchen sie **langfristige Finanzierungsmodelle anstelle kurzatmiger Projektförderungen**.

- **Wir fordern daher die langfristige finanzielle Absicherung von queeren Räumen (wie queerKastle) und Zentren in allen Regionen Baden-Württembergs – auch im ländlichen Raum. So dass auch Hauptamtliche finanziert und eingestellt werden können.**
- **Wir fordern eine stärkere und vor allem langfristig angelegte Förderung von CSDs, queeren Kulturprojekten (wie PridePictures), Projekten zur Unterstützung queerer Geflüchteter (wie Queeramnesty) sowie der queeren Jugendarbeit aus Landesmitteln.**